


Einführung in das politische System der Europäischen Union
WS 2012/13


Der Binnenmarkt und die europäische Sozialpolitik

Prof. Dr. Jürgen Neyer

Die grundlegenden Ideen Europas




David Ricardo:
grenzüberschreitende
Liberalisierung führt zu
generellen
Wohlfahrtsgewinnen



Jean-Jacques Rousseau:
Politik sollte den
„volonté generale“
befördern



Europa=
Engl. Liberalismus
Frz. Elitismus
Dt. Idealismus



G. W. F. Hegel: die „List
der Vernunft“ vollzieht
sich hinter dem Rücken
der Menschen

Basics I: Strukturelle Unterschiede zwischen nationaler und EU-Politik

- Begrenzter Haushalt (2004: 1/9 des Bundeshaushalts, 1/30 des US-Haushalts)
- Begrenzter Kompetenzbereich (Prinzip der Einzelermächtigung)
- EU-Politik ist in der Regel mit sehr geringen Kosten verbunden: meist handelt es sich um regulative Politik
- Gesetzgebung vs. Durchführung (Umsetzung ist Aufgabe der Mitgliedstaaten)
- EU-Politik hat selten eine klare moralische oder kulturelle Dimension

Basic II: Die drei Arten der Zuständigkeiten der EU

Markt-
bezogen



- Ausschließliche Zuständigkeit (nur EU darf tätig werden): Außenhandel, Geldpolitik (für die Eurozone), Zollunion und Fischereipolitik, Handelspolitik
- Geteilte Zuständigkeit (sowohl EU als auch MS dürfen tätig werden): Umweltpolitik, Verbraucherschutz, Fusionen und Übernahmen, Entwicklungshilfe, Verkehrspolitik, Visum-, Asyl- und Migrationspolitik
- Streng begrenzte Zuständigkeit (vor allem die MS sind zuständig): Bildungs-, Kultur-, Beschäftigungspolitik, Gesundheitsschutz, Steuerpolitik, Justiz und Inneres, Außenpolitik

Nicht
Markt-bezogen

Basics III: Die drei Modi der EU-Governance I

Gemeinschaftsmethode

- Kommission hat das Initiativrecht/ ist wichtiger Agenda Setter
- alle EU-Institutionen spielen eine große Rolle
- wird im Bereich der Binnenmarktschaffung angewendet
- hat in letzter Zeit an Attraktivität verloren und ist nicht auf neue Politikbereiche (z. B. Geldpolitik, Sozialpolitik, Finanzverhandlungen) ausgedehnt worden

Basics IV: Die drei Modi der EU-Governance II

Intergouvernementale Methode

- Krisenpolitik in der Finanzpolitik
- Der Europäische Rat spielt eine zentrale Rolle bei der Formulierung der Leitlinien und Politikziele
- Rat setzt Vorgaben des Europäischen Rates um
- Der Kommission wird nur eine marginale Rolle zuteil
- Das EP und der EuGH sind (weitgehend) ausgeschlossen

Basics V: Die drei Modi der EU-Governance III

Offene Methode der Koordinierung (OMK)

- Wird im Bereich der Beschäftigungs- und Sozialpolitik angewendet
- Reaktion auf die Skepsis der Mitgliedstaaten gegenüber Supranationalismus/der Gemeinschaftsmethode
- EU-Institutionen als Foren, auf denen nationale Politiken diskutiert und verglichen werden
- Instrumente: Soft law, Benchmarking, gegenseitiges Lernen, Austausch von Best Practice
- Kommission übernimmt Rolle eines Vermittlers: strukturiert den Diskurs, legt Tagesordnung fest und schlägt Lösungen vor

Marktschaffende Politik I

- zielt auf die Förderung der vier Grundfreiheiten: Güter, Dienstleistungen, Kapital, Personen
- Förderung von Wettbewerb zwischen Unternehmen
- Idee: ein größerer Markt führt zu mehr Effizienz/ einer besseren Verteilung von Ressourcen und zu größerem Wohlstand
- Prinzip der gegenseitigen Anerkennung: Erzeugnisse, die in einem Mitgliedstaat rechtmäßig auf den Markt gebracht wurden, können in jedem Mitgliedstaat vermarktet werden

Marktschaffende Politik II

- Marktschaffung ist mehr als Liberalisierung: Bedarf an gemeinsamen Regeln für die Produktion von Gütern (Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz, Geschlechter- und Umweltfragen, Standards für sichere Produkte usw.)
- Märkte müssen verfasst werden/ sind immer politisch verfasst
- Regulativer Wettbewerb: ‚uploading‘ und ‚downloading‘: Externalisierung und Internalisierung von Kosten
- ‚high-level‘-Staaten vs. ‚low-level‘-Staaten

Konstitutionelle Asymmetrie der EU: negative und positive Integration

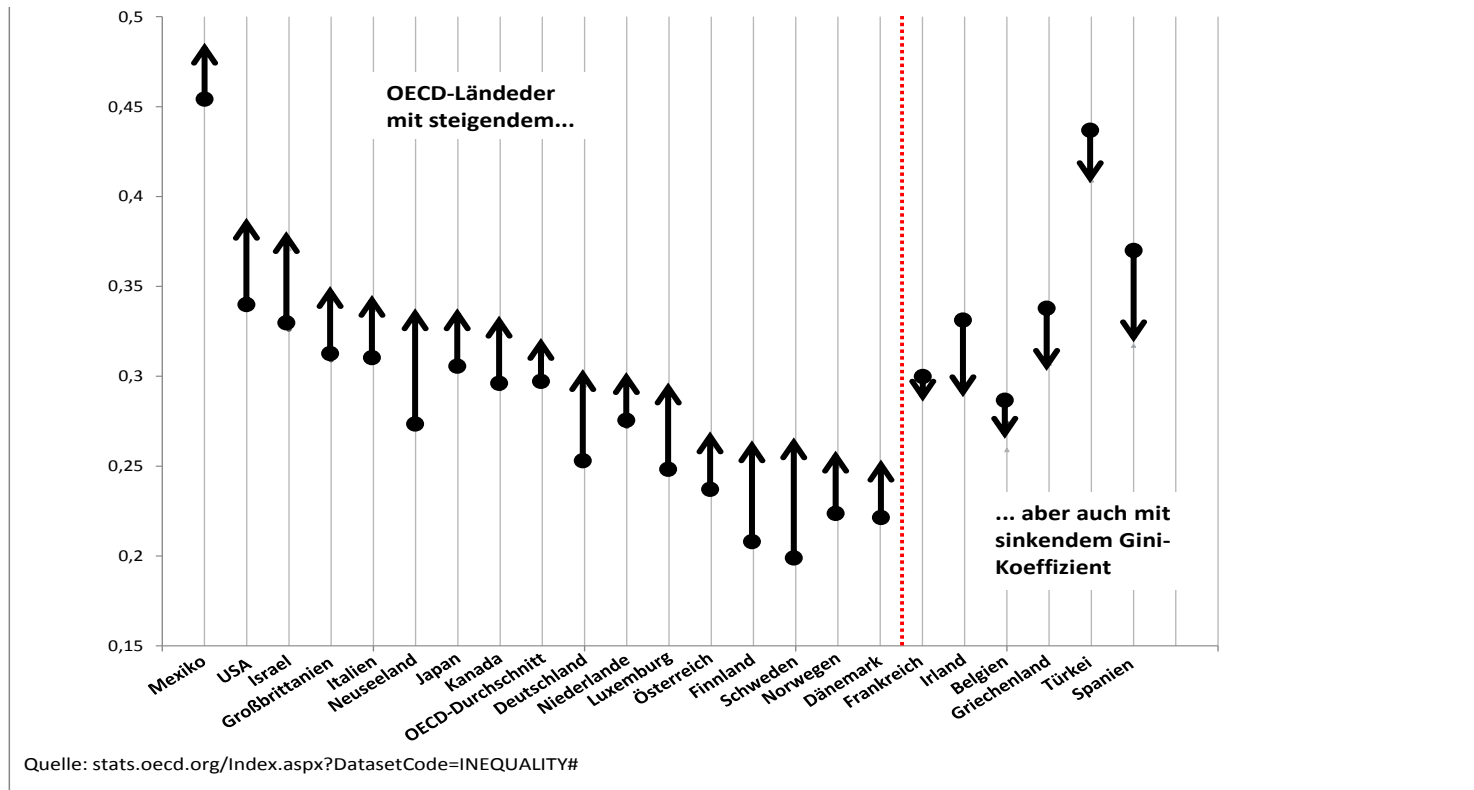
- Cassis de Dijon hat Waren- und DL-Verkehr liberalisiert (Prinzip der wechselseitigen Anerkennung)
- Relativierungen bedürfen qualifizierter Mehrheit (im Rat)
- EuGH wendet Grundfreiheiten vorrangig an (Viking/Laval)
- Maastricht-Kriterien und der Euro (plus Sixpack) erschweren expansive Staatshaushalte
- EU hat keine Kompetenz für (redistributive) Sozialpolitik

Effekte marktschaffender Politik

Liberalisierung führt zu

- aggregierten Wohlstandsgewinnen
- Verschiebung von Verhandlungsmacht zwischen Arbeit und Kapital (tax evasion, unterschiedliche Mobilität)
- Sinkenden Löhnen und steigenden Profitraten
- Transnationaler „Stratifizierung“

Was sind die Effekte der ökonomischen Entgrenzung?



Warum unternehmen die MS nichts dagegen?

- Die Politikverflechtungsfalle (F. Scharpf)
- MS poolen Kompetenzen auf der EU-Ebene
- Verlust eigenständiger Handlungsfähigkeit
- Blockade europäischer Handlungsfähigkeit durch Konsensanforderungen

Ergo: konstitutionelle Asymmetrie führt zu steigender sozialer Zerklüftung

Marktkorrigierende Politik

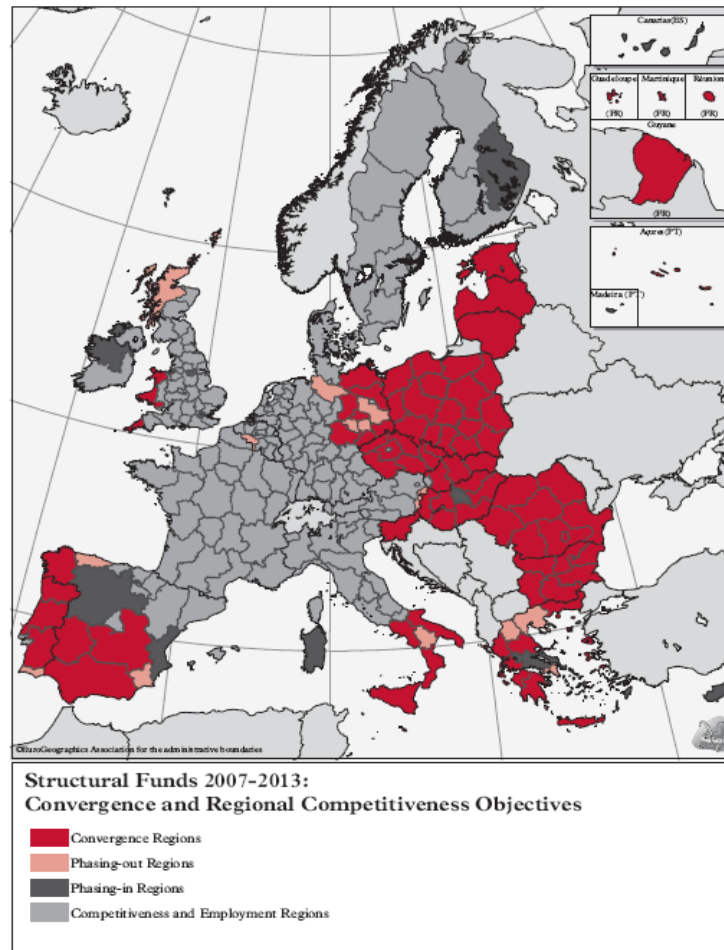
Kohäsionsfonds (37% des EU-Haushalts):

- zielt auf arme Regionen (hauptsächlich in den neuen Mitgliedstaaten)
- Kompensationszahlung an die weniger entwickelten Mitgliedstaaten (Binnenmarkt)
- ein Mehrebenensystem, an dem Akteure aus allen Regierungsebenen beteiligt sind


GAP (40% des EU-Haushalts)

- Teil des ursprünglichen deutsch-französischen Deals
- Oft stark bezuschusste Produktion
- großes Problem aus der Sicht der WTO und vieler Entwicklungsländer


Wohin fließt das Geld?



Die grundlegenden Ideen Europas




David Ricardo:
grenzüberschreitende
Liberalisierung führt zu
generellen
Wohlfahrtsgewinnen



Jean-Jacques Rousseau:
Politik sollte den
„volonté generale“
befördern



Europa=
Engl. Liberalismus
Frz. Elitismus
Dt. Idealismus



G. W. F. Hegel: die „List
der Vernunft“ vollzieht
sich hinter dem Rücken
der Menschen